

Vorlage Nr. V 2/2015
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 4

Modellvorhaben "InSpo - Inklusion im Sport"

hier: Ausnahme von der am 25.11.2015 beschlossenen Haushaltssperre für das Jahr 2015

A Problem

Der Magistrat hat am 16.09.2015 – Vorlage Nr. V/1/2015 – vorbehaltlich der Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses der Besetzung einer Stelle im öffentlichen Dienst im Rahmen des Modellvorhabens „InSpo – Inklusion im Sport“ zugestimmt. Die Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses ist am 15.10.2015 und die Zustimmung des Fachausschusses ist bereits am 12.03.2015 erfolgt.

Die Ausschreibung befindet sich im Abstimmungsverfahren mit den Gremien. Zwischenzeitlich wurde der Ausschreibungstext mit dem Personalamt abgestimmt. Das Projekt InSpo ist auf eine höchstens dreijährige Beschäftigungsdauer ausgerichtet, endet aber spätestens mit Ablauf des 31.12.2018.

Am 25.11.2015 hat der Magistrat nunmehr eine haushaltswirtschaftliche Sperre beschlossen, wonach die Neueinstellung von Personal grundsätzlich nicht zulässig ist.

B Lösung

Um möglichst kurzfristig mit dem Stellenbesetzungsverfahren beginnen zu können und eine größtmögliche Ausschöpfung des Projektzeitraums zu gewährleisten, empfiehlt sich hier entsprechend des Magistratsbeschlusses vom 25.11.2015 (Vorlage Nr. V/1/2015, Seite 4) die ausnahmsweise Genehmigung des Beginns des Stellenbesetzungsverfahrens.

C Alternative

Keine, die dem zugrunde liegenden Deputationsbeschluss entsprechend würde.

D Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Im Rahmen der Finanzierung werden 70 % Drittmittel (Ausgleichsabgabe sowie Förderleistung der Agentur für Arbeit) gezahlt.

Bei einem Eigenanteil der zu tragenden Personalkosten von 30 % für den städtischen Haushalt beträgt der Anteil 18.000 € pro Beschäftigungsjahr. Dieser Betrag ist zu 50 % aus dem Budget/den Rücklagenmitteln des Amtes für Menschen mit Behinderung zu tragen. Die weiteren 50 % werden aus zentralen Mitteln des Personalamtes finanziert.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen liegen nicht vor.

Es wird sichergestellt, dass die Ausschreibung gleichermaßen für weibliche sowie männliche arbeitslose schwerbehinderte Menschen mit akademischer Ausbildung erfolgt.

E Beteiligung / Abstimmung

Das Amt für Versorgung und Integration Bremen, das Amt für Sport und Freizeit, die Magistratskanzlei sowie das Personalamt wurden beteiligt. Ebenfalls wurden die Stadtkämmerei sowie das Rechnungsprüfungsamt beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Eine Veröffentlichung im Sinne des BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Um möglichst kurzfristig die dann mit den Gremien abgestimmte Stellenausschreibung zu veröffentlichen, stimmt der Magistrat in diesem Fall ausnahmsweise zu, das Stellenbesetzungsverfahren während der beschlossenen Haushaltssperre beginnen zu dürfen.

Uwe Parpart
Stadtrat

Anlage 1: Vorlage des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung Nr. V/1/2015

Anlage 2: Deputationsvorlage Nr. 18/4245-L

Anlage 3: Magistratsvorlage Nr. V/1/2015

Anlage 4: Entwurf der Stellenausschreibung